

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Nationalrats
Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Liestal, 30. August 2022

Vernehmlassung

zur Parlamentarischen Initiative 18.489 «Finanzmarktinfrastukturgesetz: Bestrafung im Fall von unwahren oder unvollständigen Angaben in öffentlichen Kaufangeboten»

Sehr geehrter Herr Präsident

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Mit der vorgeschlagenen Änderung des Finanzmarktinfrastukturgesetzes soll eine neue Strafnorm geschaffen werden, damit die Verletzung der Pflicht zur Veröffentlichung eines wahren und vollständigen Angebotsprospekts oder einer wahren und vollständigen Voranmeldung geahndet werden kann. Die neue Strafbestimmung soll eine Asymmetrie im Übernahmerecht beseitigen und eine Strafbarkeitslücke schliessen. Diesem gesetzgeberischen Ziel stimmen wir zu. Zugleich nehmen wir zur Kenntnis, dass die Gesetzesänderung keine Auswirkungen auf die Kantone haben wird.

Freundliche Grüsse

Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin